

Werte und Militär - Werte im Militär Die Wertethematik im Kontext von Individuum, Gesellschaft und Streitkräften



Werte und Militär - Werte im Militär Die Wertethematik im Kontext von Individuum, Gesellschaft und Streitkräften

Edwin R. Micewski

Ich bin mir sicher, dass sich die Mehrzahl der geschätzten Leser irgendwann in etwa folgende Frage gestellt hat: *„Wie kommt es, dass von zwei jungen Menschen, die nebeneinander die Schulbank über mehrere Jahre gedrückt haben, von denselben Lehrern unterrichtet wurden, denselben Religionsunterricht besuchten, von Kindheit an unter identischen sozialen Verhältnissen aufgewachsen sind, prinzipiell denselben Freizeitaktivitäten nachgingen, der eine beispielsweise zum glühenden Pazifisten wurde, der andere als Einjährig-Freiwilliger einrückte und die Karriere als Berufs- oder Reserveoffizier anstrebte?“* Was ist es, das die Unterschiede in den oftmals völlig konträren Einstellungen, Werthaltungen, Lebensorientierungen begründet, bei scheinbar gleichen sozialen Einflussparametern, identischen Erziehungs- und Bildungsmustern?

Wenn Werte bzw. Werthaltungen tatsächlich das Fundament der Weltanschauung eines Menschen bilden, maßgebend für sein Denken und Handeln sind und als sinnstiftende Kraft auf sein soziales und politisches Umfeld wirken, so ist wohl die Frage nach der Genese von Werten, ihrem Entstehen, ihrer allfälligen Wandlung, nicht nur die fesselndste im Gefüge der Axiologie, sondern auch diejenige, die mit Priorität zu beantworten ist. Insbesondere mit Blick auf den Menschen als *zoon politikon*, hinsichtlich seiner Einbettung in menschliche Gemeinschaften und soziale wie berufliche Netzwerke und Assoziationen, scheint die Wertfrage von tieferer Bedeutung, als gemeinhin angenommen wird. Dies umso mehr, wenn im Wertekomplex das entscheidende Element für den Zusammenhalt eines menschlichen Kollektivs, eines sozialen Systems, gleich welcher Art und Größenordnung, erkannt und der Wert, das Wertebewusstsein, die Werthaltung, als die wichtigste Vermittlungskategorie zwischen dem handelnden Menschen und seinem sozial-gesellschaftlichen und berufsorganisatorischen Umfeld angesehen wird.

Angesichts der schier uferlosen Theorien und Wertelehren in Philosophie, Soziologie und Psychologie wird hier ein individuell-phenomenologischer Zugang gewählt, der durchaus vereinzelte philosophische und sozialwissenschaftliche Erkenntnisse aufgreift, im Wesentlichen jedoch persönlicher Einsicht und einer eigenen Logik in der Entwicklung der Gedanken zu diesem Thema folgt. Diese Abhandlung geht zu Beginn und als Grundlage der weiteren Untersuchung der Frage nach dem Wert als sozio-moralischem Phänomen nach und diskutiert seine Genese und Wandelbarkeit. Danach folgt eine Analyse des militärischen Wertekosmos im westlich-abendländischen sozialen wie politischen Umfeld, in dessen Mittelpunkt das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Militär steht. Überlegungen zur Wertefrage im Zusammenhang mit neuen sicherheits- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen samt ihren Auswirkungen auf Gesellschaft und Streitkräfte sowie möglichen Lösungsansätzen für die Harmonisierung des Verhältnisses und Zukunftsperspektiven beschließen die Untersuchung.

Erkenntnistheoretische Grundlegung - Bedingungen der Möglichkeit von Wert und Sinn

Es ist meine Überzeugung, dass Antworten auf Grundfragen der menschlichen Existenz, wie sie jeder Mensch für sich auffindet, in den jeweiligen Grundauffassungen über menschliche Erkenntnis fußen, dass unser soziales, politisches, ethisches Denken in erkenntnistheoretischen Annahmen über die Bedingungen der Möglichkeit von Erfahrung wurzelt. Jede subjektive und persönliche Weltdeutung gründet in erkenntnistheoretischen Grundpositionen, die Überzeugungen oder auch nur diffuse Hoffnungen oder Ahnungen begründen, was denn die Grenzen unserer Erfahrung sind, wie Erkenntnis zustande kommt, wo allenfalls Schranken für diese Erkenntnis liegen.

Die Grundauffassungen über diese und ähnliche Fragen sind zumeist unbewusst und im Denken des Einzelnen weder philosophisch noch wissenschaftlich reflektiert; aber sie werden durch die Prozesse der Sozialisation, Erziehung und Bildung jedem Menschen eingeschrieben und im individuellen Zugang zur lebensweltlichen Wirklichkeit im Denken und Handeln des Einzelnen sichtbar und erfahrbar. Dieses epistemologische Vorverständnis bestimmt nicht nur unsere praktischen und faktischen Urteile über die Angelegenheiten des Lebens, mit ihnen ist auch der Erkenntnisanspruch verknüpft, den wir den systematisierten und organisierten Formen von Erkenntnisgewinn in den Disziplinen der Wissenschaften zuerkennen. Des Menschen erkenntnistheoretisches Vorverständnis bildet daher die subjektzentrierte Grundlage seines individuellen Zuganges zur Lebenswirklichkeit.

Diese erkenntnistheoretische Basis verkörpert bereits eine fundamentale Werthaltung in sich selbst, vielleicht die grundlegendste, die auf das Weltbild und vor allen Dingen auf die Fähigkeit und Bereitschaft, interessenbezogene Wertdispositionen im Verlaufe des Lebens zu verändern, entscheidenden Einfluss hat.

Im Grunde geht es hier um die persönliche Antwort, die jeder auf die immerwährende Frage findet, die von der Antike bis in die zeitgenössische Philosophie immer wieder behandelt wird und im mittelalterlichen Universalienstreit ihren Höhepunkt fand, ob nämlich das Ideale nicht nur etwas Gedachtes ist, sondern auch etwas Nicht-gegenständlich-Seiendes, mithin Reales. Sind Mathematisches, Logisches, v.a. Werte etwas ideal Seiendes, zeitlos, allgemein und unveränderlich, das im real Seienden als Struktur oder Gesetzmäßigkeit hervortritt, in ihm konkret abgebildet ist? Oder sind Werte und andere allgemeine Begrifflichkeiten nur Abstraktionen der real existierenden Einzeldinge, bloße Namensgebungen und Benennungen, die wir dem gegenständlich Erfahrenen beilegen und die selbst keine selbstständig existierenden Entitäten darstellen? Ist das Sein primär deduktiv angelegt, indem die zeitlose Wesenheit von Werten und Gesetzmäßigkeiten nur aufgefunden, quasi empfangen, entdeckt werden kann; oder ist es induktiv verortet, indem wir zu allgemeinen Regeln und Einsichten nur durch die Hochrechnung von Erfahrungstatsachen vordringen können? So trifft der religiöse Standpunkt seit jeher auf den naturalistischen, der metaphysische Standpunkt auf den (natur-)wissenschaftlichen, der transzendente auf den immanenten.

Diese je gegebene Disposition stellt ein ebenso grundlegendes wie unüberwindbares Axiom im menschlichen Zugang zur Wirklichkeit des Denkens und Handelns dar - mit schwerwiegenden Konsequenzen hinsichtlich lebensweltlicher Dispositionen, weltanschaulicher Orientierungen und existenzieller Werthaltungen.

Im einen Fall, wenn existenzielle Werte als zeitlos und unveränderlich erkannt werden, ist ihre Absolutheit durch ihre Trennung und Unabhängigkeit vom Sein gesichert, mit der pragmatischen Konsequenz, dass nicht alles Seiende einer beliebigen Verfügbarkeit und Veränderbarkeit unterliegt und somit der Idee von sozialem und politischem Fortschritt Grenzen gesetzt sind. Im anderen Fall ist in lebenspraktischer Hinsicht leicht abzuschätzen, welchen Bedeutungsverlust etwa jene Autoritäten hinzunehmen haben, die sich auf transzendente und überzeitliche Gegebenheiten berufen, wenn die immanente Ansicht vorherrscht, dass nichts Ideales für sich Bestand hat und Allgemeinbegriffe, Prinzipien und Gesetze immer wieder aufs Neue allein aus dem innerweltlichen Erfahrungshorizont heraus gefunden und geschaffen werden und soziale und politische Entwicklung unbegrenzt fortschreiten können.

Aber so rational die theoretische Betrachtung dieser Wertdichotomie auch sein mag, so irrational ist ihr Zustandekommen. V.a. Max Weber hat in seinen religionssoziologischen Schriften auf das Phänomen „irrationaler Einschläge“^[1] hingewiesen, das neben den historischen und gesellschaftlichen Bedingungen die Genese von Werten und Werthaltungen und die Sinnfrage für das menschliche Individuum maßgeblich beeinflusst und entscheidend zur Herausbildung von Weltbild und Weltanschauung beiträgt. Weber erkannte neben der physischen Umwelt in der Sinnfrage, die er beide als „letzte Realitäten“ bezeichnete, jene für die soziale Identität relevanten und unentrinnbar determinierenden Voraussetzungen. Während die Frage nach dem Sinn menschlicher Existenz durchaus verbunden ist mit der Ordnung, die uns in den physischen Manifestationen des Daseins entgegentritt und die uns hauptsächlich durch die Tätigkeit der wissenschaftlichen Disziplinen erschlossen wird, so stehen dieser innerweltlichen Rationalisierungstendenz gleichsam die irrationalen Mächte von Religion, Kunst und Eros gegenüber, die mit ihren eigenen Zugängen zu Fragen nach dem Sinn die Wertsetzungen nachhaltig beeinflussen. In diesem Zusammenhang spricht Weber vom Heiland und vom Propheten und dem Charisma bzw. charismatischen Führer als Autoritäten,^[2] die über das innerweltlich und wissenschaftlich Fassbare mit wertsetzender Kraft hinausführen.

Wertgenese, menschliche Individualität und Vergesellschaftung

Im Zusammenhang mit dem aufgezeigten erkenntnistheoretischen Dilemma haben axiologische Bemühungen zur Rettung der menschlichen Freiheit immer wieder angestrebt, „einen Weg zu suchen zwischen dem Apriorismus der Werte, der den enthüllenden und kreativen Charakter der Freiheit unterschätzt, und dem radikalen Aposteriorismus, der die Werte zu Projektionen der Wahl reduziert.“^[3] Allerdings kann das Überwiegen des Apriorismus oder Aposteriorismus in der Wertgenese noch immer nicht erklären, wie es - wie im eingangs erwähnten Beispiel aufgeworfen - bei faktisch identischen kulturellen und sozialen Umfeldbedingungen zu völlig divergenten Werthaltungen und Sinnauffassungen kommt bzw. kommen kann.

Welche Einflüsse in der Wertgenese auch immer überwiegen, das entscheidende Moment zur Beantwortung dieser grundlegenden Frage dürfte in der Tatsache liegen, dass Werte letztendlich stets als Qualitäten des menschlichen Willens in Erscheinung treten und daher immer mit der Einzigartigkeit des menschlichen Charakters zu tun haben. Die sowohl rationalen als auch irrationalen Einflüsse auf die Wertgenese fallen auf eine individuelle Charakterbeschaffenheit, die gleichsam als letzte Instanz darüber entscheidet, welchen Werten der Vorzug gegeben wird. Nur auf diese Weise wird erklärlich, warum sich, wie in der einleitenden Fragestellung impliziert, bei mehr oder weniger identischen Milieubedingungen völlig unterschiedliche Werthaltungen einstellen. Das wirkende Wollen des Menschen ist durch seinen Charakter bestimmt, der in seiner speziellen Seinsweise unergründlich ist. Die individuelle Charakterbeschaffenheit entscheidet, warum sich dieselben wertbeeinflussenden und wertbildenden Faktoren so unterschiedlich im Bewusstsein der Menschen niederschlagen und zu so divergenten Wertauffassungen und Werthaltungen führen, die wiederum als unmittelbare Handlungsantriebe fungieren. Dies erklärt aber auch, warum die so unterschiedlich zutage tretenden Wertdispositionen als gleichsam ursächliche Motive für menschliches Handeln mit solch bestimmender Kraft wirken, denn ein Motiv ist nichts anderes als die „durch das Erkennen hindurchgegangene Kausalität“.^[4]

Aus dieser subjekt-idealistischen Sicht wird die überragende Bedeutung des Wertes als sozio-moralisches Fundament für menschliches Handeln und für die Verhaltensweisen des Einzelnen im Umfeld von Gemeinschaft und Gesellschaft bestätigt und gleichzeitig die individuelle Exklusivität der Wertfindung einsichtig.

Während der Einzelne in der Genese und allfälligen Veränderung und Adaptierung seiner Werthaltungen durchaus massiv von seinem Umfeld beeinflusst wird, so verarbeitet er diese Einflüsse auf Basis seiner individuellen Charakterbeschaffenheit und bringt sich als eigenständig handelndes Wesen in sein Umfeld ein. Mit seinem Handeln bestimmt sich der Mensch in seinem sozialen und politischen Umfeld und erfährt gleichzeitig aus diesem Orientierung und Legitimierung für sein Tun. Werte bilden somit die fundamentalsten Parameter im subjektiven Bedeutungssystem eines Menschen und sind klar zu unterscheiden von Interessen, die leicht wandelbar sind und mit den jeweiligen lebensweltlichen Bedingungen einem raschen Wechsel unterliegen.^[5]

Die sozio-moralische Bedeutung der Werte kann bezüglich existenzieller Sinnggebung und weltanschaulicher Orientierung kaum überschätzt werden und macht verständlich, warum Friedrich Nietzsche in ihnen sogar „Forderungen zur Erhaltung einer bestimmten Art von Leben“^[6] gesehen hat, also mithin als jene Kräfte ansah, in denen sich der Wille zur Macht von Einzelnen und von Gruppen manifestiert.

Aus diesem Blickwinkel wird auch die Bedeutung des Wertes als Vermittlungskategorie zwischen dem handelnden Menschen und der Gesellschaft einsichtig. Im Kontext von Individuum und sozialem Umfeld verkörpert der Wert den Inbegriff vergesellschafteter Ordnung, mit dessen Hilfe „das jeweilige Sein (der Welt, der Gesellschaft etc.) an das ‚chaotische Handeln‘ in seiner Potenz des Unendlich-Möglichen herantritt“.^[7] Die Wertorientierung wird somit zum entscheidenden Bindeglied und Bestimmungsfaktor des Menschen zwischen Persönlichkeit und sozialem Umfeld.

Zur Überleitung und Vorbereitung auf die folgenden Abschnitte, die sich der (westlichen) Gesellschaft und ihren Streitkräften bzw. dem Verhältnis dieser beiden zuwenden, erscheint an dieser Stelle ein Blick auf die Wertedimension aus systemtheoretischer Perspektive angebracht. Denn im Hinblick auf die Stabilität jedes sozialen Systems - ob nun die Gesellschaft selbst oder ihre unter- und eingeordneten Organisationsformen als solche betrachtet werden - muss der Wertekomplex überhaupt als der entscheidende Parameter für die Stabilität jedes von menschlichem Handeln getragenen Systems angesehen werden.

Für die Systemtheorie nehmen Werte eine Hauptfunktion für die Normenerhaltung eines Gemeinwesens ein. So erkennt etwa der Max Weber-Schüler Talcott Parsons in der Dreierbeziehung von Persönlichkeitssystem (individuell psychisch-motivationale Disposition), sozialem System (interaktives Rollen- und Verhaltensmuster) und kulturellem System (kollektives Werte-, Normen- und Symbolbewusstsein) die Notwendigkeit für das Persönlichkeitssystem, sowohl Teile des sozialen wie auch des kulturellen Systems mittragen und zu deren Verwirklichung beisteuern zu müssen.^[8] Das Persönlichkeitssystem als Haupttriebkraft von Handlungsprozessen überhaupt wird somit auch zum Hauptfaktor in der Verwirklichung gesamtsystembezogener Prinzipien und Anforderungen. Im Zusammenhang mit dem Organismus des Individuums, der die organischen Bedürfnisse und Energien des Einzelnen in die sozialen Abläufe und Handlungen einbringt, bilden diese drei Systemkomponenten jene Bedingungen, die konstitutiv für jedes Handlungssystem sind.

Dies trifft auf die Gesellschaft als Ganzes ebenso zu wie auf jedes ihrer Subsysteme und wird im Hinblick auf die Streitkräfte bzw. die Militärorganisation in der Folge näher zur Sprache kommen.

Zum Verhältnis von Gesellschaft, Staat und Streitkräften

In demokratischen Gesellschaften ist das Militär funktionell ein mit der Gesamtgesellschaft verbundenes Subsystem. Dies unter der Annahme, dass Gesellschaft ein Handlungssystem darstellt, das alle Maßnahmen, die seine eigene Erhaltungsfähigkeit gewährleisten und eigene Prosperität ermöglichen, aus sich selbst hervorbringt. Teil dieser Gesellschaft ist eben auch das, was wir gemeinhin als Staat bezeichnen. Staat als das Herrschaftssystem, als jener Teil der Gesellschaft, der mit Ordnungsgewalt ausgestattet ist und eben auch über Machtmittel disponiert.^[9] Das Militär ist also in das politische System eingegliedert und repräsentiert einen - noch dazu besonders machtvollen - Bereich des staatlichen Ordnungsmonopols.

Solange Streitkräfte im staatlichen Kontext existieren, stehen sie im Zusammenhang mit den politischen Entwicklungen und sind ein Teil jenes Prozesses, der mit Max Weber als gesellschaftliche Rationalisierung bezeichnet werden kann. In diesem kontinuierlichen Prozess der Versachlichung und Legitimierung der Herrschaftsorganisation und der Herrschaftsbeziehungen kommt dem Militär eine ganz bestimmte Aufgabe zu, die mit der Durchsetzung der politisch-staatlichen Zielsetzungen zu tun hat. Die Funktionalität, der Zweck des Militärs bzw. der Streitkräfte, bezieht sich auf die Durchsetzung staatlicher Zielsetzungen im Bereich der Sicherheit, in erster Linie sofern diese als äußere Gefährdungen und Bedrohungen in Erscheinung treten, im Weiteren aber auf alle sonstigen Bedrohungen und Gefährdungen, die ohne Einschaltung und Mithilfe des Militärs nicht sinnvoll und effizient bewältigt werden können.

Streitkräfte bilden demzufolge im demokratischen Kontext ein Instrument der Politik, das neben zahlreichen anderen Instrumenten seinen Platz im funktionalen Kosmos gesellschaftlich-staatlicher Organisation einnimmt. Die Funktionalität, der Zweck des Militärs, liegt in der Wahrnehmung der grundlegenden staatlichen Zielsetzung der Sicherheit unter - üblicherweise - Ausnahmebedingungen, die von Katastrophenfällen bis zu bewaffneten Konflikten reichen können.

Die Angehörigen von Streitkräften darauf vorzubereiten, die organisatorischen Handlungsziele auch und insbesondere unter den Bedingungen des bewaffneten Konfliktes erreichen zu können, bringt die unumgänglichen Eigenheiten militärischer Ausbildung mit sich - zum einen, die Soldaten den Erfordernissen einsatzbezogener Ausbildung zu unterwerfen, mithin sie an physische und psychische Belastung zu gewöhnen; sie zum anderen den Besonderheiten der militärischen Lebenswelt wie Disziplin, Hierarchie, Drill etc. auszusetzen, ohne die entschlossenes, koordiniertes, rasches Handeln unter Einsatzbedingungen nicht möglich ist. Diese berufsbedingten, funktionellen Erfordernisse verleihen der Militärorganisation eine Sonderstellung im Vergleich zu allen weiteren Organisationsbereichen, die wiederum andere spezielle Funktionserfordernisse im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang erfüllen.

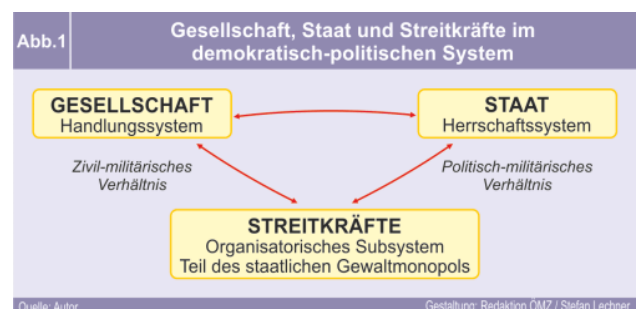
Diese exklusive Organisationskultur des Militärischen entfaltet sich nun in einem demokratiepolitischen und gesellschaftlichen Umfeld, in dem Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung grundsätzlich geächtet wird und es nur sehr wenige Bereiche gibt, in denen Gewalt sozusagen als systeminhärent in der Zweckerfüllung der Organisation zum Tragen kommt. Das Verhältnis zwischen Militär und Gesellschaft ist demzufolge eines, das wesentlich vom gesellschaftlich-sozialen Gesamtbezug abhängt, aber innerhalb dessen vom politischen System und dessen konkreter Ausformung und Gestaltung bestimmt wird. Die Streitkräfte befinden sich in ihrem politisch-militärischen Verhältnis daher nach meiner Auffassung in einer dualistischen Konstellation - einem politisch-militärischen und einem zivil-militärischen Verhältnis. Daraus resultieren in der offenen Gesellschaft spezifisch politisch-rechtliche, aber auch gesellschaftlich-soziale Aspekte, die sehr stark mit Werthaltungen und Lebensauffassungen zu tun haben.

Das Politisch-Militärische, die Eingliederung in das politische System, bezieht sich in entwickelten Demokratien auf Aspekte wie die politisch-demokratische Kontrolle von Streitkräften in einem von Gewaltentrennung gekennzeichneten politischen System, den Primat der Politik hinsichtlich verteidigungspolitischer Entscheidungen und die formalen Bedingungen von Befehlsgewalt sowie die politischen und militärischen Verantwortlichkeiten. Dieser Bereich der politisch-militärischen Beziehungen ist in etablierten Demokratien und Rechtsstaaten sehr stark verfassungsrechtlich und gesetzlich determiniert und klar geregelt.

Im Bereich der zivil-militärischen Konstellation kommen Einstellungen, Werthaltungen und Sinngebungen ins Spiel, da ja die Gesellschaft - als Zivil- und Bürgergesellschaft verstanden - einerseits den staatlichen Organisationen Akzeptanz und Legitimität entgegenbringen bzw. zuerkennen muss, andererseits öffentliche Meinung und Werthaltungen im Verständnis der Demokratie sowohl die Gesetzgebung als auch die Parameter der Vollziehung maßgeblich beeinflussen.

Zur potenziellen Unvereinbarkeit von Gesellschaft und Streitkräften - Werte und Militär

Die Zustands- und Entwicklungsanalysen über die westliche Gesellschaft sind zahl- und umfangreich. Ihre Verfasstheit wurde mit Begriffen wie postindustriell (Daniel Bell), postmateriell (Ronald Inglehart) und postmodern (Peter Zima, Wolfgang Welsch, Zygmunt Baumann) beschrieben und stets in den Zusammenhang einer rasch voranschreitenden Dynamik gestellt, in deren Mittelpunkt der von empirischen Befunden und sozialwissenschaftlicher Analyse abgeleitete Wertewandel steht, der zu ausgeprägten Veränderungen im individuellen und kollektiven gesellschaftlichen Bewusstsein führte.



Die postmoderne - um diesen Begriff als operativen Terminus zu verwenden - verfasste westliche Gesellschaft zeichnet sich durch Vorgänge von Differenzierung und Deregulierung aus. Es scheint keine sozialen Tatbestände sui generis (Emil Durkheim), keine unveränderlichen normativen Muster und Wertsysteme (Talcott Parsons) und keine kommunikativ erarbeitete Moral (Jürgen Habermas) mehr zu geben, weshalb „im Idealfall in der pluralen und pluralistischen Welt der Postmoderne jede Lebensform prinzipiell erlaubt oder, besser gesagt, es sind keinerlei allgemeine Prinzipien evident[...], die irgendeine Lebensform unzulässig machen würden.“^[10]

Bewährte Denkmuster und Modelle von Wert- und Handlungsorientierungen beginnen vor der Fülle postmoderner Erkenntniszugänge und Selbstverwirklichung zu kapitulieren, und die Postmoderne scheint jede Hermeneutik eines universalen Sinnes zurückzuweisen und sich zu weigern, die Wirklichkeit auf einen Nenner zu bringen.^[11] Verschiedenheit, Relativismus, multiple Lebensformen und nicht zuletzt unterschiedliche Diskurse sind demnach charakteristische Erscheinungsformen der Verfasstheit westlicher Gesellschaften.

Die Wertevielfalt und der Relativismus der individuellen Überzeugungen führen zu einem Pluralismus, der so ziemlich alles, wofür ein Einzelner oder eine Interessengruppierung eintreten mag, mit gleichem Gültigkeitsanspruch, eben gleich-gültig, auftreten lässt. Klassische und traditionelle Orientierungsmaßstäbe und Werthierarchien überzeitlicher Art, wie sie von Institutionen der Kirche und des Staates immer wieder präsentiert und vermittelt wurden, verzeichnen einen eklatanten Bedeutungsschwund.

Hingegen kommt es zu einer signifikanten Bedeutungssteigerung von persönlichkeitsbezogenen Werthaltungen, die auch im Zusammenhang mit der hochgradigen Tendenz zu ausgeprägter Individualisierung und Spezialisierung bzw. Professionalisierung der Gesellschaft steht. Konformitäts- und Pflichtwerte verlieren an Gewicht, während „postmaterielle“ Werte wie Selbstverwirklichung und individuelle Nutzenmaximierung in den Vordergrund rücken.^[12]

Die Subsysteme und diversen Organisationsbereiche der Gesellschaft bleiben von dieser Dynamik nicht verschont, sondern werden vielmehr von dieser Entwicklung massiv beeinflusst und nachhaltig unter Veränderungsdruck gebracht. Dies bringt insbesondere für die Streitkräfte mit ihrer spezifischen Aufgabenstellung und der daraus resultierenden speziellen und im Vergleich zu anderen Organisationsbereichen exklusiven Organisationskultur große Herausforderungen mit sich. Denn es liegt auf der Hand, dass militärisches Handeln tendenziell gemeinschaftsbezogen ist und seinen innersten Sinnbezug in den soldatischen Tugenden des Dienens und der Hingabe, nicht zuletzt - in idealistischer Überhöhung - der Selbstaufopferung für eine höhere Idee findet. In rigoroser Sicht prallen deshalb in der (post-)modernen Gesellschaft im Verhältnis zwischen Militär und zivilem Umfeld zwei Wertewelten aufeinander, die tendenziell kaum kompatibel erscheinen: nämlich die militärische, die auf „Gemeinschaft“ und „Geben“ setzt, und die zivile, die das „Ich“ und das „Nehmen“ in den Vordergrund stellt.^[13] Somit stehen sich eine Hingabeethik, die den Einzelnen im Sinne einer gemeinschaftlichen Idee zu gewinnen sucht, und eine Leistungsethik, die sich an individuellen Egoismus und ein persönliches Nutzenkalkül richtet, gegenüber. Wenn sich diese Wertewelten auch überlagern, überschneiden, in der Lebenswirklichkeit sowohl des Militärs als auch der Zivilgesellschaft nicht in dieser Rigorosität auftreten, so verweisen sie doch auf den diametralen Gegensatz zwischen einer zivilen Wertelogik utilitaristischer Sinnggebung und einem altruistischen Militärethos solidarischen Gemeinschaftsbezuges.

Verstärkt wird dieser Antagonismus durch die mit der militärischen Aufgabenerfüllung untrennbar verbundene Forderung nach Bedürfniseinschränkung bzw. -unterdrückung, die bereits in Friedenszeiten in einsatzorientierter Ausbildung, die an die Bedingungen des bewaffneten Konfliktes gewöhnen soll, wirksam wird. Denn wie jedes Berufsfeld wird auch das militärische geformt durch den Zweck der Organisation, die daraus entspringenden berufsbedingten, funktionellen Erfordernisse und nicht zuletzt das soziale wie politische Umfeld.

Eine ständige Herausforderung im Bereich von Wertauffassungen und Sinnggebung besteht für demokratische Gesellschaften bzw. deren Streitkräfte hinsichtlich der (sittlichen) Legitimität militärischer Gewaltanwendung bzw. von Gewaltanwendung überhaupt. Dem Militärischen haftet sie ungeachtet sicherheitspolitischer Veränderungen als wesentliches funktionales Unterscheidungsmerkmal an und generiert jene Inkompatibilitätsprobleme, mit denen sich Streitkräfte im demokratischen Umfeld ständig konfrontiert sehen.

Die tendenzielle Unvereinbarkeit von Streitkräften mit strukturell kriegsunfähigen hochzivilisierten Industriegesellschaften infolge deren technologischer Störanfälligkeit und eines mentalen wie motivationalen Defizits in der Bevölkerung hat zur Ausformung des sozialwissenschaftlichen Inkompatibilitätstheorems geführt, das den Verlust der klassischen Rationalität und Funktionalität von Krieg und Militär für die moderne Gesellschaft argumentiert. Dieses Theoriekonzept, dessen Anfänge bis zu den großen gesellschaftlichen Umwälzungsprozessen der demokratischen und dann industriellen Revolution des ausgehenden 18. und 19. Jahrhunderts zurückverfolgt werden können, hat nach der Ernüchterung von zwei Weltkriegen dann im Zeitalter des Kalten Krieges und der nuklearen Abschreckung eine Renaissance erlebt, bevor sie angesichts von Kriegen im Golf und auf dem Balkan Anfang der 1990er-Jahre wieder verstummte.^[14]

Auch wenn die Theorie der Inkompatibilität eher als das einer irrationalen Friedenssehnsucht entspringende Konstrukt denn als zutreffende deskriptive Analyse soziologischer Abläufe anzusehen ist, so kommt ihr aber doch zur konfliktanalytischen Erfassung der Legitimität-, Legitimations- und Akzeptanzproblematik, die das Verhältnis von Militär und demokratischer Gesellschaft anbetrifft, nach wie vor große Bedeutung zu.

Die Inkompatibilitätstheorie spricht auch von strukturellen und persönlichen Inkompatibilitätsbereichen, auf die an passender Stelle im nächsten Abschnitt eingegangen wird, erhebt aber bezüglich des Verhältnisses von Militär und Gesellschaft den zentralen Vorwurf der normativen Inkompatibilität. Diese bezieht sich auf den Gewaltandrohungs- und Gewaltanwendungs- und durchaus auch Gewaltverhinderungs- oder -abwehrcharakter des Militärs, dem das soldatische Ethos des „Tötens (kampfunfähig machen) und Getötet (verwundet, verstümmelt) Werdens [können]“ zugrunde liegt.^[15]

Während in anderen gesellschaftlichen Organisationsbereichen die Anwendung von Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung geächtet wird - es lässt sich ohne Übertreibung feststellen, dass das (post-)moderne gesellschaftliche Bewusstsein tendenziell pazifistische Züge aufweist -, impliziert die soldatische Existenz den Gewalteininsatz. Solange es das Militärische daher als unabdingbares Element staatspolitischer Sicherheitsvorsorgen in seiner organisatorischen Eigenheit gibt, befindet sich der Soldat zwischen dem zivilen Tötungsverbot und eigener Tötungshemmung und dem (potenziellen) Zwang, zu einer Handlungsweise veranlasst zu werden, der das Töten (und Getötet Werden) inhärent ist. Einem unter zivilen Maßstäben geächteten Tun Sinn und innere Antriebskraft für den Ausnahmezustand eines kollektiven Gewaltaktes des Staates zu verleihen, ist daher eine nie vollständig lösbare Aufgabe für nicht nur militärische Motivationsarbeit und Wertorientierung. Zum (auch) „Kämpfen-Wollen“ zu bewegen muss integrativer Bestandteil militärischer Wertekultur bleiben, soll das eigentlich Militärische nicht ad absurdum geführt werden. Die Beschäftigung mit Ethik und speziell mit dem Gegenstandsbereich der militärischen Ethik als einer Berufsethik für den Soldaten hat daher immer schon einen wichtigen Stellenwert in innermilitärischen Bildungsanstrengungen eingenommen.^[16] Es ist jedoch nicht immer bzw. ausreichend gelungen, diese ethischen Implikationen militärischen Handelns im Zusammenhang mit Zielen und Aufgaben des Militärs und dessen innerer Organisationskultur sowie dem tiefsten Sinn soldatischer Pflichterfüllung einem politischen und gesellschaftlichen Umfeld zu vermitteln, das dazu neigt, das Ideal einer zukünftigen staatlichen wie globalen Ordnung allein auf ökonomische und demokratische Prinzipien reduzieren zu wollen und die latente Gefahr von Gwalthaten aus den Szenarien menschlicher und staatlicher Koexistenz auszublenden.^[17]

Ich sehe den Aspekt der sittlichen Legitimität militärischer Friedenssicherung und der ethisch-moralischen (und nicht nur rechtlichen) Gerechtigkeit soldatischen Handelns überhaupt als die Kernproblematik im zivil-militärischen Beziehungsgeflecht an und betrachte den Umgang mit der normativen Inkompatibilitätsherausforderung als essenziell für das Überbrücken der Wertekluft zwischen Streitkräften und Bürgergesellschaft bzw. deren diversen Interessengruppen und politischen Exponenten. Die quasi psycho-emotionale Gewissheit bezüglich militärisch-soldatischen Gewalthandelns wird auf mittelbare Weise evident durch die Vorleistungen militärischer Ausbildung, die dem einzelnen Soldaten einsatzbezogenes und einsatzadäquates Verhalten abverlangen. Die Heranführung an physische und psychische Leistungsgrenzen, für Auftragsbefüllung und Überlebensfähigkeit unter Einsatzbedingungen unerlässlich, beinhaltet - wie die überhaupt damit zusammenhängende Systemkultur des Militärs - eine Fülle von Momenten der Ein- und Unterordnung, des In-Kauf-Nehmens von Strapazen und Entbehrungen, die gewohnten Aspekten der Lebensführung zuwiderlaufen.

Die Skizzierung der normativen Unvereinbarkeitsproblematik zeigt auf, in welchem wertebezogenen Dilemma sich Militär und Soldat befinden. Zum einen ist die Militärorganisation gefordert, sich am politischen Auftrag zu orientieren und den Erfordernissen und Eigenheiten militärischer Ausbildung gerecht zu werden, zum anderen ist sie als Teilsystem der Gesellschaft gefordert, sich zu integrieren und gesellschaftlichen Werthaltungen anzupassen bzw. diese mitzutragen. Abgesehen von dieser Systemherausforderung sieht sich der einzelne Soldat mit dem Dualismus zwischen seinem Dasein als Soldat und als Staatsbürger konfrontiert, nicht selten von der Gesellschaft in der einen Rolle diffamiert oder auf die andere reduziert.

Der normative Inkompatibilitätsbereich, als der die (Werte-)Kluft zwischen Militär und Gesellschaft hauptsächlich verursachende, ist natürlich nie ganz zu bereinigen. Weder ist eine Militarisierung der Gesellschaft durch Übertragung der militärischen Pflicht- und Hingabewerte im Kontext potenziellen Gewalthandelns möglich (geschweige denn wünschenswert), noch ist an eine völlige Vergesellschaftung und Zivilisierung der Streitkräfte zu denken, da dies die Funktionsfähigkeit und Leistungsfähigkeit des Systems lahmlegen bzw. nachteilig beeinflussen würde. Streitkräfte können daher in ihrem inneren Gefüge die gesellschaftlichen Wertentwicklungen nur bedingt mitvollziehen.

Auch wenn sich die Transformierung, Positivierung und teilweise „Verfriedlichung“ der Streitkräfte im Sinne der Zuweisung neuer Aufgaben- bzw. Aufgabenschwerpunkte im Bereich internationaler Schlichtungs- und Befriedungsaufgaben lindernd auf die Überwindung dieser Kluft im zivil-militärischen Verhältnis auswirken mag, muss die Befähigung zum bewaffneten Kampf aufrecht bleiben, deren Sicherstellung die spezifischen militärischen Sozialisationskriterien unerlässlich macht. Solange das militärische Element nationalstaatlicher Identität - mangels verbindlicher militär-(gewalt-)freier politischer Konfliktlösungsmodelle - eine staatliche und bündnisbezogene Realität darstellt, muss die Spannung zwischen auf Friedensgestaltung zielender gesellschaftlicher Werthaltung und politisch-militärischer Einsatzvorbereitung ertragen werden.

Das Beziehungsfeld von Streitkräften und Gesellschaft ist also schon aus dieser Sicht äußerst konfliktbehaftet, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass das zivil-militärische Verhältnis v.a. im Hinblick auf die Gewaltfrage stets von einem speziellen Antagonismus von Wertauffassungen und Überzeugungshaltungen geprägt war, ist bzw. auch weiter sein wird.

Zur Vereinbarkeit von Persönlichkeit und Streitkräften - Werte im Militär

Ist nun die Persönlichkeit des Individuums tatsächlich die „Hauptantriebskraft von Handlungsprozessen“ (Talcott Parsons) und ist für das Handeln des Individuums dessen grundsätzliche Wertorientierung von ausschlaggebender Bedeutung, so ist logisch abzuleiten, wenn wir von Zwang absehen, dass sich der Einzelne jenen beruflichen Wirkungsbereichen zuwendet, die seinen Wertauffassungen entgegenkommen. Die Annahme ist zwingend, dass das Militär, wie jede andere Organisation, eine Wertewelt repräsentiert, die von den Angehörigen grundsätzlich geteilt wird.^[18] Im Falle des Militärs trifft diese Annahme umso mehr zu, als der dargestellte exklusive Zweck der Organisation eine ganz distinkte Organisations- und Wertekultur mit sich bringt, für die, um ihr beizutreten, eine ganz spezielle Wertedisposition vorhanden sein muss.

Berufliche Professionalisierung ist als berufsspezifisches Phänomen der Moderne eine direkte Folge der zweckrationalen Strukturierung moderner Gesellschaften. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Zweck, den Zielen und der Organisationskultur aller Bereiche gesellschaftlicher Funktionalität. Während beispielsweise der Lehrer als Professionalist im Schul- und Bildungssystem fungiert, so ist es der Arzt im Gesundheitswesen oder der Priester im Bereich kirchlicher Gemeinschaften. Was den Professionalismus gegenüber dem Laien und Amateur auszeichnet, sind eine klar abgegrenzte Expertise und Fachwissen, eine damit verknüpfte Handlungskompetenz und, mit unterschiedlicher Gewichtung, ein gesellschaftliches Mandat und eine gewisse Gemeinwohlorientierung.

Nun hebt Samuel Huntington, der sich eingehend mit Fragen des militärischen Professionalismus beschäftigt hat, hervor, dass keine Profession von allen anderen so deutlich unterschieden, so distinkt abgesetzt ist und dem Ideal des Professionalismusgedankens so nahe kommt wie die des militärischen Professionalismus.

In seinen Untersuchungen dazu hat Huntington drei Bereiche definiert, die im Besonderen den militärischen Professionalismus auszeichnen und die Militärorganisation und mit ihr besonders den militärischen Führer in eine Position manövrieren, die in anderen Berufsbereichen keine Entsprechung findet. Der erste Bereich wird gebildet von der Expertise oder Fachkompetenz des Offiziers, die von einzigartiger Beschaffenheit ist bzw. sein muss und die er mit keiner Expertenkompetenz in nichtmilitärischen Bereichen teilt. Diese Kompetenz besteht in der unmittelbaren (Offizier der Kampftruppen) oder mittelbaren (Offiziere der Unterstützungstruppen) Fähigkeit zum Management der Gewalt im Sinne des militärischen Gefechtes als Kernelement militärischer Einsatzführung. Bildet das Management von Gewalt die Kernkompetenz des Offiziers, so beschreibt in Analogie die Anwendung von Gewalt die Kernaufgabe des Soldaten.^[19] Der zweite Bereich ist jener der Verantwortung, die für den Offizier und Soldaten in erster Linie eine soziale und gesamtgesellschaftliche ist, bringt doch die Fachkompetenz mit ihrer speziellen Komponente des Gewaltmanagements mit sich, dass der professionelle Offizier in einer besonderen Verantwortung steht. Durch die Monopolisierung der Gewalt ist der militärische Professionalist der gesamten Gesellschaft gegenüber verantwortlich; eine Verantwortung, die er über den Staat als das politische Agens der Gesellschaft wahrnimmt. Der militärische Professionalist, ob nun Offizier oder einfacher Soldat, erkennt gleichsam an, dass er für sicherheitspolitische Zwecke des Staates instrumentalisiert ist, was die Verwendung seiner Fachkompetenz für persönliche Zwecke ausschließt. Dies unterscheidet ihn ebenso deutlich von einem Söldner wie die Tatsache, dass der militärische Professionalist nicht primär von finanziellen Motiven angetrieben ist bzw. sein darf. Er bietet seine Expertise nicht dem Bestbietenden an, noch ist sein Verhalten von ökonomischen Zuwendungen oder Belohnungen abhängig. Andererseits ist der professionelle Offizier aber auch davor gefeit, nur in Momenten intensiven Patriotismus seine Expertise auszuüben, wie dies etwa vom Bürgersoldaten erwartet wird, der sich aber ansonsten nicht permanent der Aufgabe widmet, seine militärische (Führungs-)Kompetenz zu perfektionieren. Schließlich kommt als drittes Element des militärischen Professionalismus das Element der Korporation als einer berufsständischen Geschlossenheit zum Tragen, die sich speziell in klaren Zugangsbeschränkungen und einem eigenen Wertehorizont auswirkt bzw. niederschlägt.^[20] Die Korporation, die für die Militärorganisation ausgeprägter ist als für andere Organisationen, fordert also vom Soldaten eine stark affirmative Haltung gegenüber militärischen Pflicht- und Akzeptanzwerten wie etwa Disziplin, Mut, Gemeinschaftsdenken, Hierarchie, Autorität, Loyalität mit der Organisation und ihren Zielen muss sich letztlich auf Wertüberzeugungen stützen, die wiederum Voraussetzung dafür sind, dass die berufliche Tätigkeit im Militär - wie auch in anderen Berufsbereichen - Gratifikation und Zufriedenheit für die einzelne Persönlichkeit mit sich bringt. Sie verlangt daher, zumindest im Bewusstsein des Einzelnen, nach einer Aussöhnung dieser Wertdimensionen mit den aus der Gesellschaft mitgebrachten bzw. aus dieser einströmenden Individual- und Selbstbestimmungswerten, ein Anspruch, dem für das Militär aufgrund der aufgezeigten organisatorischen Eigenheiten nicht so leicht zu entsprechen ist. Es kann aus diesem Umstand auch abgeleitet werden, dass stets nur ein geringer Teil der Gesellschaft von der militärischen Wertewelt so attraktiviert werden kann, die persönliche Dienstleistung als Soldat auf freiwilliger Basis ins Auge zu fassen.

Um internen Spannungen und Herausforderungen, von denen kein Organisationsbereich frei ist und die hauptsächlich mit dem Aufeinanderprallen der psychisch-motivationalen Individualnatur der Handelnden zu tun haben, vorzubeugen bzw. zu begegnen, müssen entsprechende organisatorische Vorkehrungen getroffen werden. Innerhalb der Militärorganisation hat man - normativ betrachtet - in struktureller Hinsicht vorgesorgt durch eine distinkt hierarchische Struktur mit klar zugeordneten Verantwortlichkeiten; in operationeller Hinsicht durch die straffe Disziplin von Befehl und Gehorsam mit ausgeprägter Befehlsgewalt der militärischen Führung; und in personeller Hinsicht durch die spezielle Auslese und Ausbildung der Führungsorgane.

Diese für militärische Auftragsbefüllung unerlässlichen formalen Kriterien von Entscheidungs- und Anordnungsbefugnissen auf der einen Seite und Gehorsams- und Ausführungspflichten auf der anderen stehen im Gegensatz zu den eher kooperativen Prinzipien der zivilen Berufs- und Arbeitswelt und begründen jenes Moment, das von der Inkompatibilitätstheorie als strukturelle Inkompatibilität bezeichnet wird. Wenn sich streng hierarchische Strukturen auch in anderen Gesellschaftsbereichen wie etwa im Spitalsbetrieb oder in verschiedenen Industriezweigen wiederfinden, so ist die Hierarchie im Militär doch weit ausgeprägter, was eben mit dem Zweck der Militärorganisation und den daraus resultierenden funktionalen Erfordernissen zusammenhängt.

Nun ist nicht zu leugnen, dass, bedingt durch die Eigenheiten der Militärorganisation, immer wieder die Tendenz zu beobachten war, das Hierarchieprinzip, das vornehmlich dazu dient, die Durchsetzung des eigenen Willens gegen Widerstand in einer sozialen Beziehung und zur Absicherung von Anordnungsermächtigung aufrechtzuhalten, überzubetonen und dadurch die Entwicklung eines kooperativen Führungsstils und die verantwortliche Mitwirkung von untergebenen Mitarbeitern zu verhindern. Mit diesem Verhalten wurde nicht nur der strukturelle Aspekt der Inkompatibilität gefördert, was viele in ihrer Entscheidung, Soldat zu werden, abgeschreckt hat, sondern hat auch häufig effiziente Auftrags- und Aufgabenerfüllung behindert, v.a. dann, wenn bei krisenhaften Situationen von formalautoritativen Bedingungen unabhängige Beziehungsfaktoren wie persönliche Autorität, Loyalität und situative Entscheidungskompetenz nicht zum Tragen kamen bzw. nicht zum Tragen kommen konnten. Ein unerlässlicher Schritt zur Überwindung dieser strukturellen Inkompatibilitätsdimension muss daher in einer für die Streitkräfte vertretbaren Synthese des militärischen mit dem demokratischen bzw. zivilen Organisationsprinzip gesehen werden. Förderung von Eigenverantwortung und Selbstständigkeit neben vermehrter partnerschaftlicher Kommunikation zwischen Vorgesetzten und Soldaten im Rahmen einer Menschenführung, die das Spannungsfeld zwischen den Notwendigkeiten militärischen Dienstbetriebes und dem Anspruch der Soldaten als mündige Staatsbürger maßvoll austrägt, weisen in jene Richtung, in die zur Mäßigung der strukturellen Kluft zwischen Streitkräften und Gesellschaft zu gehen sein wird.

Nun hat sich das soldatische Berufsverständnis unter dem geänderten Bedrohungs- und Einsatzszenario seit Ende des Kalten Krieges, der vertieften Zusammenarbeit von militärischen und nichtmilitärischen Kräften, dem ökonomischen Druck zur Auslagerung gewisser Organisationsbereiche und v.a. aber auch den Einflüssen aus dem gesellschaftlichen Umfeld bzw. anderen beruflichen Organisationsbereichen in struktureller Hinsicht einem gewissen Wandel unterzogen. Das Management der Streitkräfte hat begonnen, sich verstärkt an den Organisationsformen der zivilen Wirtschaft zu orientieren, und stellt sich dem Wettbewerb am freien Arbeits- und Warenmarkt, das traditionelle Berufsbild des Soldaten wird um soziale, kulturelle und ethische Dimensionen bereichert, und politische und diplomatische Kompetenzdimensionen finden verstärkte Berücksichtigung im soldatischen Aufgaben- und Identitätsprofil. Es kann also durchaus von einer aufgaben- und werbebedingten Zivilisierung der Militärorganisationen gesprochen werden, zu der die Informationsgesellschaft über den Weg der stetig zunehmenden kognitiven Mobilisierung und massenmedialen Kommunikation kräftig beisteuert.

Aber auch in bürokratischer Hinsicht findet im Kontext der strukturellen Inkompatibilitätsproblematik ein signifikanter Wandel in den Streitkräften statt. Durch die technologiebedingte Spezialisierung und die taktischen Anpassungen an die geänderten Einsatzbedingungen in exterritorialen (Friedens-) Einsätzen kommt es zu einer gewissen Verflachung der Hierarchie und zu einem Aufbrechen der starren Befehls- und Gehorsamsstrukturen. Ähnlich zur Arbeits- und Berufswelt in zivilen Organisationen wird der zunehmenden Spezialisierung durch höhere Selbstständigkeit v.a. auch im mittleren und unteren Bereich des organisatorischen Managements entsprochen. Aufgaben- und anlassbezogen kommt es auch im Militär vermehrt zu projektbezogener Teamarbeit, in der kollegiale Zusammenarbeit vor strikter Über- und Unterordnung rangiert.^[21] Idealtypisch gesprochen, wird blinder Gehorsam von bewusster und informierter Loyalität abgelöst. Die formalen Strukturen der Militärhierarchie werden nicht aufgehoben, aber durch die konkreten innerorganisatorischen Abläufe doch nachhaltig wertprioritär aufgeweicht.

Die Wertebefindlichkeiten der Zivilgesellschaft haben auch Auswirkungen auf das berufsbezogene Leistungsdenken und führen zu Dissonanzen, die sich um den Begriff der personalen Inkompatibilität ranken. Soziale Absicherung, Karrierechancen, die Vereinbarkeit der beruflichen Aufgabe mit dem Privatinteresse und nicht zuletzt Lohn- und Gehaltsforderungen stehen im Vordergrund auch militärischen Berufsdenkens und führen zu einer Abkehr von traditionellen Prioritätensetzungen. Gewerkschaftliche Bestrebungen und durchaus auch parteipolitisch gefärbte Interessenvertretung nehmen großen Einfluss auf das innerbetriebliche Geschehen und tragen zu einer sich im tagtäglichen Friedensbetrieb signifikant niederschlagenden Zivilisierung und Vergesellschaftung der Streitkräfte bei. Diese Tendenzen nehmen auf jenen Aspekt des Inkompatibilitätstheorems Bezug, der unter dem Begriff der personalen Inkompatibilität all jene Dimensionen benennt, in denen persönliche Nutzen-Gesichtspunkte eine Rolle spielen. In der zivilen Wertelogik der (post-)modern verfassten Gesellschaft kommt ja wie bereits erwähnt den unmittelbar persönlichkeitsbezogenen Werten große, wenn nicht primäre Bedeutung in den Werthierarchien des Einzelnen zu. Ein gewisser Hedonismus, der Eigennutz und Lebensgenuss als wichtigste Daseinskategorien ansieht, macht sich insbesondere in der Jugend breit. Aus diesem Grund erwarten sowohl Wehrpflichtige als auch Freiwillige persönliche Effizienzerlebnisse und den Erwerb von Fähigkeiten, die sowohl im Zivilleben als auch persönlich verwertbar sind. Zur Überwindung der personalen Inkompatibilität werden daher berufliche Motivations- und Sinngebungszusammenhänge ebenso eine Rolle spielen wie Maßnahmen, die den militärisch-zivilen Transfererwartungen und persönlichen Interessenmustern gerecht werden.

Prämissen für die Vereinbarkeit von Streitkräften und Gesellschaft - Perspektiven erfolgreicher Sicherheitspolitik und Streitkräfteentwicklung

Mit der analytischen Betrachtung des Verhältnisses von Streitkräften und Staat als der politisch-militärischen und das Verhältnis von Streitkräften und Gesellschaft als der zivil-militärischen Bezugsebene wurden das diesem Verhältnis zugrunde liegende Beziehungsgeflecht erklärt und die theoretischen Aspekte dargelegt, die in diesen Konstellationen wirksam werden.

Nun verbleibt noch die Aufgabe, jene Bedingungsfelder zu erfassen, die auf Basis der politisch-militärischen und zivil-militärischen Beziehungen für die Festlegung konkreter sicherheits- und verteidigungspolitischer Maßnahmen und die Positionierung von Streitkräften in offenen und demokratischen Gesellschaften unter den jeweils gegebenen Bedingungen maßgeblich sind.

Unter allen Bedingungen - auch und insbesondere unter denen der (post-)modern verfassten Gesellschaft - ereignet sich Sicherheits- und Verteidigungspolitik im seit Clausewitz unverändert gebliebenen dreidimensionalen Kontext von Militär, Gesellschaft und Staat (Regierung). Dabei wird der Stellenwert, den Sicherheit und Streitkräfte in dieser Konstellation einnehmen, von jenen beiden Parametern determiniert, die unter dem Begriff des funktionalen und gesellschaftlichen Imperativs zu subsumieren sind. Ich habe Huntingtons Diktum des funktionalen (functional) und gesellschaftlichen (societal) Imperativs in die Diktion von Sachebene und Sinnebene gebracht, um diese beiden für effiziente Sicherheitspolitik und die Akzeptanz von Streitkräften unabdingbaren Parameter - die Funktionsfähigkeit als die materielle Komponente und die Legitimität als die geistig-moralische Größe - zu betonen.^[22] Es ist zwingend abzuleiten, dass sich das gesamte sicherheitspolitische Geschehen im Spannungsfeld zwischen diesen beiden Ebenen der Sach- und Sinnebene abspielt.

Die grundlegende Orientierung und Konfiguration der Sicherheitspolitik wird vorgegeben und geradezu erzwungen von den funktionalen Herausforderungen, mit denen sich ein Staat konfrontiert sieht. Diese Sachebene wird gebildet durch jene Einwirkungen und Auswirkungen, die sich aus dem sicherheitspolitischen Umfeld, den grundsätzlichen geopolitischen und geostrategischen sowie aktuellen nationalen wie internationalen Bedingungen für staatliche Sicherheit und Stabilität ergeben und die - nach entsprechender und laufender Analyse - zur Bildung und Aufgabenzuordnung an Instrumente führen, die dem Staat die Wahrnehmung seiner Sicherheitsaufgabe ermöglichen. Die Sachebene gibt also mehr oder weniger vor, worauf sich staatliche Sicherheitspolitik und - innerhalb dieser - Streitkräfte ausrichten haben.

Die Veränderungen der Weltlage nach 1990 in Form von Globalisierung, Transnationalisierung und Internationalisierung - unter dem Begriff der Mondialisierung^[23] zusammengefasst - haben die Herausforderungen und Aufgabenspektren für die Streitkräfte der westlichen Gesellschaften nachhaltig verändert. Der Fokus verschob sich von traditioneller Landesverteidigung zu präventiver Sicherheitspolitik, von der Vorbereitung militärischer Einsätze im eigenen Land zur Durchführung von Missionen zur Bereinigung von Konfliktsituationen außerhalb des eigenen Landes. Im Sinne eines erweiterten Begriffes von Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird die präventive und akute Deeskalation von Konflikten immer wichtiger, und militärische Einsätze zeichnen sich aus durch Aspekte wie Internationalisierung, Interoperabilität sowohl mit den Streitkräften anderer Staaten als auch im Sinne der Zusammenarbeit mit zivilen Organisationen und Einrichtungen, Komplexität der Herausforderungen und Flexibilität der Antworten und Reaktionen. In diesem Sinne wurden die Begriffe vom postmodernen Militär bzw. von Deeskalations-Streitkräften kreiert, um diesen Paradigmenwechsel in der Identität von Streitkräften auch begrifflich festzumachen. Die Militärorganisationen haben den Schritt von der klassischen Macht- und Verteidigungsfunktion des Nationalstaates zu einer Stabilisierungs- und Schutzaufgabe in der nationalen (Terrorismusabwehr, militärische Assistenz in Katastrophenfällen) wie internationalen Politik (Befriedungsaufgaben, humanitäre Hilfestellung) beschritten und dabei die Präventions-, Interventions- und Ordnungsfunktion im Sinne des „Schützens, Helfens und Rettens“ in den Vordergrund ihrer Identität gerückt. Aber auch wenn die Kampfaufgaben im Rahmen dieses Paradigmenwechsels im strategischen Denken an die zweite Stelle im Aufgabenspektrum rücken, so muss die Fähigkeit dafür als Kernelement militärischer und soldatischer Handlungskompetenz verbleiben. Denn während an die Stelle klassisch-militärischer Bedrohungen nunmehr subkonventionelle und asymmetrische Konfliktformen getreten sind, finden auch internationale Präventions- und Ordnungsmissionen sowie Einsätze zur humanitären Hilfestellung stets in einem potenziell gewaltvollen Umfeld statt.^[24] Diese funktionalen Herausforderungen bedeuten aber den Wegfall der klassischen militärischen Bedrohung, wie sie zur Zeit des Kalten Krieges gegeben war, und bedingen tiefgreifende Veränderungen für das Verständnis von Streitkräften. In einem „feindlosen Staat“^[25] brechen die Widersprüche zwischen Militär und Demokratie besonders hervor, sodass es zu einer Neuordnung des Verhältnisses kommen muss. Dies ist auch ein Moment, das bereits von Max Weber betont worden war: „Wenn der Staat das intime Verhältnis zur Gewalt verliert, dann muss sich das Politische neu öffnen.“^[26]

Diese Öffnung und Gewöhnung an die neue Streitkräfteidentität ist aber nicht nur eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft. Auch innermilitärisch sind die paradigmatischen Veränderungen keineswegs ausreichend verarbeitet, insbesondere nicht im (Wert-)Bewusstsein vieler Soldaten und Streitkräfteangehöriger. Die mannigfachen Auswirkungen auf militärische Organisationsformen, Einsatzverfahren und die Kompetenz der Führungskräfte, die Schwerpunktverlagerung auf Aufgaben nicht urtypisch militärischer Natur, die sich zwar stets im Spektrum der Streitkräfte befanden, nunmehr aber an die erste Stelle im Spektrum rücken und durch Internationalisierung mit neuen Bedeutungsgehalten versehen werden, die massiven Reduktionen die Mannschaftsstärken betreffend, die den immer stärkeren Ruf nach einer Umstellung in der Wehrsystematik von der allgemeinen Wehrpflicht hin zu einem Freiwilligenheer nach sich ziehen - all dies ist auch für viele Offiziere und Soldaten durchaus gewöhnungsbedürftig und auch in seiner Bedeutung für nationale Sicherheit bei Weitem noch nicht ausreichend dem politischen und zivilen Umfeld vermittelt bzw. in diesem umfassend reflektiert.

Diese sachlichen und funktionalen Herausforderungen stehen in engem Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Imperativ, der Sinnebene, da ja die Werthaltungen und Orientierungen innerhalb der Gesellschaft, wie im Abschnitt über die zivil-militärischen Beziehungen normativ aufgezeigt, auf die Gegebenheiten der Sicherheitspolitik und die Positionierung der Streitkräfte im politischen System nachhaltigen Einfluss ausüben. Werthaltungen und Einstellung in Politik und Gesellschaft zu Fragen von Krieg und Frieden und zu Militär und Soldat wirken sich ebenso aus wie das Verständnis von Sicherheitspolitik und die strategische Kompetenz politischer Führungskräfte, die nicht zuletzt auch von geschichtlichen und persönlichen Erfahrungen sowie von Bildungs- und Sozialisationsbedingungen beeinflusst und geprägt wird. Diese Faktoren beeinflussen letzten Endes auch maßgeblich das Vertrauensverhältnis zwischen politischer und militärischer Führung, die Stellung des Offiziers und des Soldaten in der Gesellschaft und die Legitimität von bewaffneter Friedenssicherung überhaupt und haben weitreichende Auswirkungen hinsichtlich der Wahrnehmung bürgerlicher Pflichten im Bereich von Sicherheit und Verteidigung.



Wie sich die Sach- und Sinnebene konkret für die einzelnen Nationen gestalten, hängt von deren spezifischen Bedingungen ab, jedoch gilt für alle gleichermaßen, dass diese beiden Imperative unweigerlich auf die Sicherheitspolitik Einfluss nehmen bzw. sich die verantwortungsvolle Gestaltung von Sicherheitspolitik dem Einfluss dieser beiden Dimensionen nicht entziehen kann. Dies kann als normative Gegebenheit ebenso verortet werden wie die Tatsache, dass sich hier zwangsläufig ein permanentes Spannungsverhältnis aufbaut, das im vorigen Abschnitt ausführlich behandelt wurde. In einer offenen Gesellschaft, in der politisches Handeln mit und für Menschen und nicht gegen sie stattfindet, hat zur Sachebene die Sinnvermittlung zu treten. Das sachlich als erforderlich Erkannte muss auf der Sinnebene vermittelt werden, sollen politische und sicherheitspolitische Stabilität und ein entsprechendes Verständnis gegenüber den Maßnahmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erreicht und - in diesem Zusammenhang - auch eine entsprechende Integration von Soldat und Streitkräften in der Gesellschaft erzielt werden.

Aus der Sachebene resultiert die Notwendigkeit der Funktionsfähigkeit und Funktionstüchtigkeit von Sicherheitspolitik und ihrer Instrumente; also natürlich und vor allen Dingen auch der Streitkräfte, die aber auch verständlich gemacht, also auf die Sinnebene transferiert und auf dieser transportiert werden muss, bedarf doch in der offenen Gesellschaft jedes System der grundsätzlichen Zustimmung der Öffentlichkeit, benötigt jede Institution ein affirmatives zivilgesellschaftliches Umfeld, das die Existenz, die Ziele und Verfahrensweisen der Organisation anerkennt, mitträgt und damit letztlich im politischen Prozess der öffentlichen Zustimmung versichert und somit politisch legitimiert.

Es besteht daher ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Funktionsfähigkeit und Legitimität. Aus dem funktionalen Imperativ, den sachlichen Erfordernissen heraus, resultiert die Forderung nach der Funktionsfähigkeit, also der Fähigkeit, den Herausforderungen auf der Sachebene gerecht werden zu können. Aber organisatorische Funktionalität alleine genügt nicht in der offenen Gesellschaft, in der sowohl Ziele als auch Handlungsmuster von Organisationen kritisch hinterfragt und geprüft werden; nicht nur die funktionalen, auch die Sinnansprüche sind zufriedenzustellen, sollen eine Organisation und deren Angehörige umfassend akzeptiert werden.

Der Zusammenhang von Funktionsfähigkeit, Legitimität und Akzeptanz ist in Übersicht 2 veranschaulicht und macht klar, dass Akzeptanz sozusagen die Synthese aus der Zuerkennung von Funktionsfähigkeit und Legitimität verkörpert. Den Prozess der Kommunikation, sozusagen den Informationstransfer, der Wissen und Einsichten in die Funktionalität und Legitimität der Institution und ihres Wirkens vermitteln soll, bezeichne ich als Legitimation. Legitimität ist demnach als Zustands-, Legitimation als Verfahrensaspekt zu verstehen. Zu legitimieren bedeutet also die Überführung von legitimen Ordnungsmustern in Akzeptanz. In der offenen und kritischen Gesellschaft stellt Legitimation daher eine permanente Systemherausforderung dar, etwas, das ständig und mehr oder weniger durch alle für die Funktionsfähigkeit der Gesamtgesellschaft notwendigen Institutionen wahrgenommen werden muss. Die Legitimität des Anspruches, einen effizienten Beitrag zur staatlichen Sicherheitspolitik zu leisten, in Verbindung mit der Erfüllbarkeit dieses Anspruches und der demokratiepolitischen Verträglichkeit seiner Wahrnehmung, ist dem gesellschaftlichen und politischen Umfeld der Streitkräfte zu vermitteln. Legitimation ist daher die eigentliche Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit der Streitkräfte und des Diskurses, den sie im Rahmen ihrer zivil-militärischen Beziehungen mit der Gesellschaft führen.

Es ist jedoch wichtig festzuhalten, dass die Funktionsfähigkeit, also die Fähigkeit zur Wahrnehmung der zugeordneten Aufgaben, zwar Voraussetzung für Akzeptanz ist, aber nicht deren zureichende Bedingung. Wenn es auch ohne Funktionsfähigkeit letztendlich keine Akzeptanz für eine Institution geben kann, so kann sie Legitimität nicht allein generieren, da auf der Seite der Akzeptanzzuerkennung, also der Legitimitätsfrage, viele irrationale oder nicht-rationale Momente hineinspielen, die mit Werthaltungen, Ideologien, subjektiven Persönlichkeitsmerkmalen zu tun haben.

Der Zusammenhang von Funktionsfähigkeit und Akzeptanz ist untrennbar und unüberwindbar. Ohne faktische Funktionsfähigkeit und Sinnvermittlung all der Faktoren, die mit dieser Funktionsfähigkeit unmittelbar verknüpft sind, sind Integrationsdefizite für die betreffende Institution im gesellschaftlich-staatlichen Kontext unausweichlich. Dies konstituiert auch eine Herausforderung für die Politik dahingehend, der Institution die für ihre Funktionsfähigkeit im Rahmen der zugeordneten Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Auf der Seite der Institution, in der Akzeptanzzeugung, in der Transformation der Legitimitätsansprüche, besteht die Forderung, die Kommunikation und Information möglichst sachlich und ideologiefrei zu führen und an das Umfeld heranzutragen.

Abschließende Überlegungen

In Erkenntnis des unausweichlichen Antagonismus, der zwischen Menschen und menschlichen Assoziationen bezüglich Wertauffassungen und grundlegenden Handlungsorientierungen herrscht, sind sowohl die Spannungen zwischen organisatorischen Handlungsbereichen und ihrer Gesellschaft als auch innerorganisatorische Dichotomien und wertmäßige Differenzierungen als natürlich und willkommen zu betrachten. Auch das Militär in seiner Sonderstellung kann und sollte dieses Phänomen als etwas Bereicherndes betrachten und es innerhalb von für die Organisation zumutbaren Grenzen nicht nur zulassen, sondern durchaus auch ermutigen und fördern.

Soldat und Offizier haben sich schon immer mit der Herausforderung einer ständigen Notwendigkeit der Beurteilung und Abwägung von Werten konfrontiert gesehen. Speziell in der Beziehung zwischen dem Militär und der Zivilgesellschaft ergab und ergibt sich nach wie vor sehr rasch ein Widerspruch in Wertauffassungen und Wertsystemen. Diese potenzielle Kluft zwischen pluralistischer Gesellschaft und hierarchisch strukturierter Streitkraft kann und darf nicht aufgelöst werden, solange der politische und gesellschaftliche Wille vorherrschend ist, der Militärorganisation ihre ureigene Funktionalität und Organisationskultur im notwendigen Ausmaß für effiziente Aufgabenerfüllung zu belassen. Während mit dieser Wertedissonanz gelebt werden muss, so ist es doch möglich und erstrebenswert, sie mit rationalen Mitteln zu überbrücken und etwa der Militärorganisation und ihren Angehörigen kognitiv jenes Verständnis entgegenzubringen, das ihnen von der emotional und irrational gefärbten Wertauffassung verweigert wird. Auf diesen gesinnungsmäßigen Brückenbau sollten sich die Bemühungen des militärisch-zivilen Diskurses im Rahmen von Medien- und Öffentlichkeitsarbeit weiterhin konzentrieren.

Ein Mindestmaß an organisatorischer Geschlossenheit ist aber für gesellschaftliche Integration ebenso Voraussetzung, wie ein prinzipieller Konsens bezüglich der tragenden Werte eines menschlichen Assoziationsbereiches für dessen latente und effiziente Funktionalität als Vorbedingung anzusehen ist.

Wenn auch der auf das Militär eindringende Wertpluralismus die Aufrechterhaltung einer klaren innermilitärischen Werthierarchie erschwert, so gilt es doch - unter den jeweils vorherrschenden Umfeldbedingungen - eine distinkte soldatische militärische Identität zu begründen, die als zentraler Parameter für einen konstruktiven Diskurs mit der Gesellschaft und die Einbettung des Militärs in den gesellschaftlichen Wertekosmos anzusehen ist.



ANMERKUNGEN:

[1] Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, Mohr-Siebeck UTB, Stuttgart 1988, S.336.

[2] Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Studienausgabe, Mohr-Siebeck, Tübingen 1980, S.654-661; aber auch ders., Politik als Beruf, Reclam, Ditzingen 1991, S.8.

[3] Paul Ricœur, Gabriel Marcel et Karl Jaspers, Artistes et écrivains du temps present, Ed. du temps present, Paris 1947, p.248, zitiert nach: Institut für axiologische Forschungen (Hrsg.): Was ist Axiologie?, Wien 2004, <http://www.iaf.ac.at>.

[4] Dieser idealistische Subjektivismus verdankt sich Arthur Schopenhauer, dessen philosophisches Denken darauf hinführt, dass jeglichem Handeln stets das spezifische Wollen des Betreffenden zugrunde liegt. Nur seinem Charakter gemäß kann einer wollen. Schopenhauers berühmtes Diktum im Hinblick auf die Grenzen menschlicher Freiheit, das in unserem Kontext von besonders erhellender Bedeutung ist: „Der Mensch kann zwar tun, was er will, aber er kann nicht wollen, was er will.“ Arthur Schopenhauer: Die Welt als Wille und Vorstellung, Erster Band, § 23.

[5] Ich habe die soziologischen Aspekte von Bedürfnissen, Interessen, Meinungen, Einstellungen etc. im Zusammenhang einer umfassenden Betrachtung der Thematik von Wertebewusstsein und Wertewandel ausführlich behandelt. In: Edwin Rüdiger Micewski: Streitkräfte und gesellschaftlicher Wertewandel. In: Österreichische Militärische Zeitschrift 3/1995, S.251-264, jüngst wiederveröffentlicht. In: Barbara Schörner, Günther Fleck: Ein Offizier als Philosoph - Schriften von Edwin Rüdiger Micewski, Kommentierter Sammelband, Peter Lang Verlag, Frankfurt a. M. 2009, S.340-371.

[6] Friedrich Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse, Kritische Studienausgabe hrsg. von C. Colli und M. Montinari, Deutscher Taschenbuchverlag, München 1988, S.17.

[7] Susan Prösel: Über Werte und Normen, Grundlegungen für eine Theorie des Handelns und der Gesellschaft, Pädagogische Hochschule, Dortmund 1978, S.225.

- [8] Talcott Parsons: Das System moderner Gesellschaften, Juventa, Weinheim-München 1985, hier besonders S.16-42. Seit ich mich mit der theoretischen Soziologie des Max Weber-Schülers Talcott Parsons vertraut gemacht habe, halte ich seine Systemtheorie für vorrangig und von großer Bedeutung für organisationssoziologische Analysen und Untersuchungen. Ich habe mich auf Erkenntnisse von Parsons mehrfach in meinen Schriften bezogen und seine Systemtheorie nicht nur im Hinblick auf die Thematik der Werte und des Wertewandels verarbeitet, sondern sie auch zur Erfassung der Erfordernisse des gesellschaftlich-staatlichen Subsystems „Streitkräfte“ verwendet. In letzterem Sinne habe ich Parsons' Systemtheorie ausführlich auf den Organisationsbereich von Streitkräften in westlichen Gesellschaften mit besonderer Berücksichtigung konkreter Erfordernisse des Österreichischen Bundesheeres angewendet. Hierzu näher: Edwin Rüdiger Micewski: Zur Frage eines Freiwilligenheeres. Sozialwissenschaftliche und gesellschaftspolitische Überlegungen zu einer allfälligen Änderung des Wehrsystems, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Wien, 2. Auflage, Wien 2003, v.a. 2. Kapitel, S.12-20.
- [9] Hierzu Max Weber im Original: „Staat soll ein politischer Anstaltsbetrieb heißen, wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das Monopol legitimen physischen Zwanges für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt.“ (Max Weber: Soziologische Grundbegriffe. 6 Auflage, Tübingen 1984, S.91.)
- [10] Zygmunt Bauman: Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. Hamburg 1992, .S.127.
- [11] Alexius J. Bucher: Verantwortlich handeln. Regensburg 2008, S.24.
- [12] Ronald Inglehart: Kultureller Umbruch, Wertewandel in der westlichen Welt, Campus, Frankfurt a. M. 1989.
- [13] Elmar Wiesendahl: Wertewandel und motivationale Kriegsunfähigkeit von Streitkräften. In: Sicherheit und Frieden Folge 1/1990, S.28.
- [14] Zum Inkompatibilitätstheorem vgl. etwa Wolfgang R. Vogt: Das Theorem der Inkompatibilität. In: ders. (Hrsg.), Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der Legitimationskrise, Baden-Baden 1983, S.21-57; oder Thomas Peyker: Reform der Kaderausildung im Österreichischen Bundesheer, Dr. Karl-Renner-Institut, Wien 1992, S.18ff, aber auch Edwin Rüdiger Micewski: Streitkräfte und gesellschaftlicher Wertewandel. In: ÖMZ 3/1995, S.251-264, a.a.O.
- [15] Hierzu näher mein Essay „Tod und Tabu - Das Ethos des Soldaten und die Todesfrage“. In: Ethica 2002. Jahrbuch des Instituts für Religion und Frieden, Wien 2002, S.95-99; jüngst wieder veröffentlicht in: Barbara Schörner, Günther Fleck: Ein Offizier als Philosoph - Schriften von Edwin Rüdiger Micewski: Kommentierter Sammelband, Peter Lang Verlag, Frankfurt a. M. 2009, S.151-157.
- [16] Die militärische Ethik ist eine Disziplin angewandter Ethik, die sich mit ethisch relevanten Herausforderungen beschäftigt, mit denen die militärische Lebenswelt aufwartet und die ja von ethisch relevanten Aspekten des täglichen Dienstbetriebes in Friedenszeiten bis hin zu Fragen der politisch-militärischen Gewaltanwendung in Krieg und bewaffnetem Konflikt reichen. Im Sinne der aufgezeigten Wertdisparitäten lassen sich auch im Bereich der militärischen Ethik unterschiedliche Ansätze feststellen. Während grundsätzlich - nicht nur im anglo-amerikanischen Raum - eine Tugendethik im Sinne einer pragmatischen Ethos-Orientierung im Vordergrund steht, habe ich aus transzendentalphilosophischer Sicht stets vor einer Überbewertung des Casuismus und einer bloßen Tugendethik gewarnt und im Sinne Immanuel Kants auf die Bewahrung der metaphysischen Ganzheitlichkeit hingewiesen, die mir für ethische Bildung unerlässlich scheint und behilflich ist zu verhindern, dass Pflicht zu Gewohnheit wird. Hierzu v.a. Kapitel 1 „Schriften zur politischen Philosophie und Ethik“ und Kapitel 3 „Schriften zu Führung und Bildung und militärischem Professionalismus“. In: Barbara Schörner, Günther Fleck: Ein Offizier als Philosoph - Schriften von Edwin Rüdiger Micewski, Kommentierter Sammelband, Peter Lang Verlag, Frankfurt a. M. 2009; aber auch E. R. Micewski: Grenzen der Gewalt - Grenzen der Gewaltlosigkeit, Zum Problem der Gewalt im Kontext von philosophischer Ethik und politischer Philosophie“, Peter Lang Verlag, Frankfurt a. M. 1998.
- [17] So wird beispielsweise zur Begründung der Hoffnung auf zukünftigen Weltfrieden immer wieder Immanuel Kants Schrift „Zum Ewigen Frieden“ bemüht, in der Kant in sechs Präliminar- und drei Definitivartikeln die staats- und gesellschaftstheoretischen Voraussetzungen für den (ewigen) Frieden unter den Völkern nennt. Allerdings wird gern Kants unmissverständlicher Hinweis darauf verschwiegen, dass dieses Konzept „nur in einer ins Unendliche fortschreitenden Annäherung“ verwirklichtbar, eine vollkommene Erreichung des Zieles aber unmöglich ist, weil „aus so krummum Holze, als woraus der Mensch geschnitzt ist, [...] nichts ganz Gerades gezimmert werden [kann]“ (Immanuel Kant: Zum Ewigen Frieden, Stuttgart 1984, S.65 bzw. ders., Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht. In: Schriften zur Geschichtsphilosophie, Stuttgart 1980, S.29).
- [18] Dies gilt in den meisten demokratischen Staaten nicht nur für die sich freiwillig meldenden Berufs- und Zeitsoldaten, sondern auch für die Wehrpflichtigen, denen mittlerweile de facto freie Wahl zwischen Wehrdienst und Wehrersatz- bzw. Zivildienst gegeben wird.
- [19] Die Essenz des militärischen Professionalismus des Offiziers ist ebenso distinkt wie die Expertise des Arztes im Verhältnis zu den ihn umgebenden und unterstützenden Krankenschwestern, Pharmazeuten, Röntgenassistenten etc. Es ist aus diesem Grund, dass etwa Ärzte, Seelsorger, Juristen und Wissenschaftler, die als Offiziere Dienst versehen, dem Offizierskorps zwar in seiner administrativen Dimension staatlicher Verwaltung angehören, jedoch nicht in dem eigentlichen Sinne der professionellen Dimension. Dies mag auch die Wertschätzung gegenüber Generalstabsoffizieren und auch den üblicherweise weitaus höheren Sozialprestigewert erklären, den diese gegenüber den durchaus im Rang oft gleichgestellten Fachoffizieren genießen und diesen Umstand, der in sozialempirischen Studien immer wieder Bestätigung findet, auch rational einsichtig machen.
- [20] Samuel Huntington: The Soldier and the State. The theory and politics of civil-military relations, Harvard University Press, London 1994, S. 37ff.
- [21] Hierzu auch die Analyse im Kursbuch Innere Führung 2000 der Deutschen Bundeswehr, Koblenz 1992, v.a. Abschnitt IV /Zwischenmenschliche Beziehungen.
- [22] Ich habe diese Überlegungen erstmalig im Rahmen der Tätigkeit der Bundesheer-Reformkommission - Bundesheer 2010, Wien 2004, S. 99f. einfließen lassen.
- [23] Vgl. Jürgen Rose: Militärischer Humanismus oder kriegerischer Interventionismus? Zur Rolle und Funktion des Militärs im Kontext der Globalisierung. In: Gerhard Kümmel, Sabine Collmer (Hrsg.): Europäische Streitkräfte in der Postmoderne, Baden-Baden 2002, S.30.
- [24] Diese neuen Aufgabenhorizonte und -schwergewichte bringen auch markante Änderungen in den Bildungsherausforderungen für soldatische Führungskräfte mit sich. V.a. bringen die antimoralischen Potenzen im Szenario des asymmetrischen, sich entstaatlichenden und privatisierenden Krieges neue Herausforderungen im Bereich des Kriegsvölkerrechtes und der militärischen Ethik mit sich. Hierzu u.a. mein Aufsatz „Moralphilosophische Überlegungen zur Legitimität von asymmetrischer Kriegführung“ oder auch „Ethical, Political, and Military Implication of Asymmetric Conflict and Warfare“. In: Barbara Schörner, Günther Fleck: Ein Offizier als Philosoph - Schriften von Edwin Rüdiger Micewski: Kommentierter Sammelband, Peter Lang Verlag, Frankfurt a. M. 2009, S.130-143 bzw. S.113-129.
- [25] Ulrich Beck: Der feindlose Staat. In: Die Zeit v. 23.10.1992, S.65f.
- [26] Max Weber: Gesammelte Politische Schriften. 5. Auflage, Stuttgart 1988, S.396f.

